

Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald
Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
Wirtschaftswissenschaftliche Diskussionspapiere

**ESTLANDS WIRTSCHAFTSPOLITIK IM RAHMEN
DER KOORDINATIONSANFORDERUNGEN DER EU**

Jüri Sepp
Diskussionspapier 9/02

Dezember 2002

ISSN 1437-6989

Anschrift:

Univ.-Prof. Dr. Jüri Sepp
Universität Tartu
Narva 4
51009 Tartu
Estland
e-mail: jsepp@mtk.ut.ee

JEL-Klassifikation: E62, F33, E42, O23

1. Einführung

Estland galt mit seinen Grundprinzipien der Wirtschaftspolitik zu den Musterschülern der westlichen Berater und Begutachter. Hierzu zählten die folgenden Punkte:

- Stabiles Geld durch ein *Currency-Board-System* (CB),
- gesetzlich abgesicherte Ausgeglichenheit des Staatshaushaltes,
- außenwirtschaftliche Offenheit sowie
- schnelle und effiziente Privatisierung.

Diese Prinzipien prägten das Wirtschaftsleben in Estland und das Bild von Estland im Ausland kontinuierlich seit der Währungsreform im Jahr 1992 unabhängig von den politischen Regierungswechseln. Es herrschte ein Konsens unter den parlamentarischen Kräften. Dieser Grundkonsens ist heute jedoch ein wenig ins Schwanken geraten, weil die sozialen Probleme bisher im Hintergrund geblieben sind. Darauf soll jedoch in diesem Beitrag nicht weiter eingegangen werden. Hier ist nur zu betonen, dass Estland im Systemwettbewerb (siehe dazu Schäfer) unter den EU-Beitrittsländern erfolgreich gewesen ist. Oft wird hier die Wettbewerbsfähigkeit in der Konkurrenz um mobile Produktionsfaktoren, insbesondere um Kapital, hervorgehoben (Tabelle 1).

Tabelle 1: Ausländische Direktinvestitionen in den 13 Bewerberländern

	Kumuliert in Euro pro Kopf (2001)	Jährlicher Investitionsfluss In % des BIP (1997-2001)
Estland	2084	8,1
Durchschnitt	1137	4,9
Maximum	2284 ¹	8,1
Minimum	245 ²	1,8 ³

Quelle: Kommission. Auf dem Weg zur erweiterten Union. Brüssel, 9.10.2002.

Es schien, dass Estland keine Probleme bei den Beitrittsverhandlungen haben wird, weil die Politik lehrbuchmässig gestaltet wurde. Auch im letzten Fortschrittspapier vom

¹ Tschechische Republik.

² Rumänien.

9.10.2002 teilte sich Estland mit 28 abgeschlossenen Kapiteln⁴ mit Slowenien, Zypern und Litauen Platz eins. Doch ist in der letzten Phase der Verhandlungen endlich klar geworden, dass

- Estland eigene Wirtschaftsinteressen hat und
- die Lehrbuchwirtschaft nicht immer gut für den EU-Beitritt ist.

Es war notwendig, eine Balance zwischen Vielfalt und EU-Zentralismus zu finden. Im Aufsatz wird gezeigt, wo Probleme durch ethnische wirtschaftspolitische Besonderheiten entstanden sind, wozu 3 Bereiche als Fallbeispiele herangezogen werden:

- Die Geldpolitik,
- die Steuerpolitik und
- die Deregulierung und die Industriepolitik .

Die These ist, dass die Koordinierungsprobleme im Rahmen der heutigen Wirtschaftsverfassung der EU mehr oder weniger gut lösbar sind. Die Balance ist heute noch in den meisten Fällen möglich. Man sollte jedoch die Zentralisierungstrends in der EU stoppen, um weiterhin den Spielraum für den Systemwettbewerb zu behalten.

2. Geldpolitik

Die Geldpolitik und die Einführung des Euro sind nicht Gegenstand der Beitrittsverhandlungen. Doch wird im Strategiepapier der Kommission betont, dass die neuen Mitgliedsstaaten den Euro nicht sofort nach dem Beitritt einführen können und sich dem europäischen Wechselkursmechanismus ERM II **einige Zeit** nach dem Beitritt anschliessen sollten. Bis dahin verpflichtet der Vertrag die Mitgliedsstaaten, den für die Übernahme des Euro erforderlichen Grad an dauerhafter Konvergenz zu erreichen, setzt hierfür jedoch keine Fristen. Entscheidende Faktoren sollen die Wirtschaftsdaten des jeweiligen Landes und seine Erfolge bei der Umsetzung der auf nachhaltige Konvergenz ausgerichteten Maßnahmen sein.

³ Zypern.

⁴ Es sind nur die Kapitel für die Landwirtschaft und für den Haushalt noch nicht abgeschlossen. Es gibt noch ein Kapitel für Sonstiges, das erst gar nicht geöffnet wurde.

Dieser Standpunkt wird in Estland nicht von allen Interessengruppen richtig wahrgenommen. Es wurden Vorschläge in Richtung einseitige Euroisierung der estnischen Wirtschaft bereits vor dem EU-Beitritt gemacht. Doch hat die Estnische Zentralbank (*Eesti Pank*) vor der Überbeschleunigung der Integration gewarnt (Ross). Der Euro wird heute im Zahlungsverkehr und Kreditwesen sowieso verwendet, als Bargeld bleibt aber zuerst nur die Estnische Krone im offiziellen Umlauf.

Die Eesti Pank hat ihrerseits zwei unterschiedliche, teils verbundene geldpolitische Integrationsziele hervorgehoben:

- der Beitritt zum ERM II mit *Currency-Board*-System als taktisches Ziel,
- die Erfüllung der Maastricht-Stabilitätskriterien und die Einführung des Euro als strategisches Ziel.

Zeitlich wird bei der Planung davon ausgegangen, dass Estland gleich nach dem EU-Beitritt im Jahr 2004 auch dem ERM II beitreten und nach 2 Jahren (2006) den Euro einführen wird.

Unter dem ERM II ist ein fester Wechselkurs mit einer Schwankungsbandbreite von maximal 15% zu verstehen. Für Estland stellt sich hier natürlich die Frage, was mit dem vorhandenen CB geschieht.

Ein kleiner Exkurs in die Geschichte ist wahrscheinlich nützlich. Das CB wurde in Estland 1992 eingeführt. Der Wechselkurs wurde anfangs zur DM fixiert (1 DM = 8 EEK). Nach der Einführung des Euro in Deutschland wurde der Kurs direkt auf Euro umgerechnet. Der Wechselkurs hat sich in den letzten 10 Jahren bewährt und die bisherigen Erfahrungen sind positiv.

Oft wird das CB als ein Mittel zur Bekämpfung der Hyperinflation und zur Wiederherstellung der **makroökonomischen Stabilität** hervorgehoben. Diese Erfahrungen konnte auch Estland machen. So sind die Inflationsraten schon seit 1998 einstellig, das bisherige Minimum liegt bei 3,3% (1999).

Die **mikroökonomische Bedeutung** des CB wird aber nicht immer ausgewogen behandelt. Einerseits bedeutet das CB eine Belastung für die Realwirtschaft bei den strukturellen

und konjunkturellen Anpassungsprozessen. Wegen der inneren Preisentwicklung wurde die Krone effektiv aufgewertet. Konsumgüterpreise sind nach der Währungsreform durchschnittlich etwa 6 mal und der REER-Index 3,5 mal gestiegen. Man darf aber nicht vergessen, dass die Institutionen auch Anreize schaffen (North, 3). Der feste Wechselkurs hat geholfen, die strukturellen Probleme der Wirtschaft klar festzustellen und durch den ungemilderten Marktdruck auf der Unternehmensebene möglichst schnell zu lösen. Der feste Wechselkurs bringt eine möglichst schnelle realwirtschaftliche Reaktion und Anpassung an die Änderungen in der Umwelt mit sich. Das war in Estland z. B. nach der Russlandkrise 1998 zu sehen, die wirtschaftliche Umstellung dauerte nur ein Jahr. Insgesamt ist die Arbeitsproduktivität in den letzten fünf Jahren 2 mal schneller gestiegen als der REER. Estland folgt dem Leitmotiv der modernen Geldpolitik - mit der Wechselkurs- und Geldpolitik ist es nicht möglich, die realen langfristigen Probleme der Wirtschaft zu lösen.

Es ist zu merken, dass der feste Kurs nicht das einzige positive Merkmal des CB ist. Die Verbindung zum Euro hat die Integration mit dem europäischen Kapitalmarkt begünstigt. Die Zinsen in Estland sind direkt mit den Eurozinsen verbunden. Die vollständige Deckung der einheimischen Währung durch die Devisenreserven hat ein Vertrauen in der Bevölkerung und auf den Kapitalmärkten geschaffen, das auch durch die Asien- und Russlandkrise nicht in Frage gestellt worden ist. Die Krone und das CB haben ihre "Testperiode" erfolgreich bestritten.⁵

Das bedeutet nicht, dass das CB unbedingt das beste Geldsystem ist. Die Empirie beweist dies nicht.⁶ Z. B. sind die Inflationsraten in Lettland ohne CB sogar niedriger als in Estland (1997-2001 entsprechend 3,9 und 6,1%). Wie dies zu bewerten ist, ist eine andere Frage. Doch wäre eine Systemumstellung in Estland mit ökonomischen und politischen Transaktionskosten verbunden, so dass nur die ganz klaren Vorteile dieses rechtfertigen würden. Das aber ist nicht der Fall. Die möglicherweise gegen das CB zitierte argentinische Krise hatte einen ganz anderen Hintergrund - eine hohe Staatsverschuldung (Hefeker).

Doch haben einige Wissenschaftler (z. B. Rohde/Janssen) die Beibehaltung des CB im Rahmen des ERM II in Frage gestellt. Ihrer Ansicht nach sollte Estland Schwankungen um

⁵ Dabei hat auch die Zentralbank ihre bescheidenen, aber doch vorhandenen geldpolitischen Instrumente eingesetzt: die Liquiditätsnormen (Pflichtauflagen) sind auf 13% gesetzt worden (im EWG z. B. nur 2%).

den fixen Wechselkurs zulassen, um die Geldstabilität zu überprüfen. Dabei wird beispielsweise die vermutliche Erhöhung der Rigidität des Arbeitsmarktes nach dem EU-Beitritt hervorgehoben. Dadurch würde sich die Anpassungsfähigkeit der estnischen Wirtschaft reduzieren und die Wechselkursflexibilität an Bedeutung gewinnen.

Wenn wir aber die Vermutungen vernachlässigen, scheinen jegliche **wirtschaftlichen** Gründe zu fehlen, dass im ERM II nochmal getestet wird, was sich schon 10 Jahre bewährt hat. Die estnische Wirtschaft hat sich den Änderungen in der Umwelt direkt anpassen können, ohne den Wechselkurs dazu als Amortisator zu benutzen. Die wichtigsten Voraussetzungen dafür waren die extreme Offenheit⁷ während der ganzen Transformation und die engen Handelsbeziehungen mit den EU-Ländern. Am besten zeigen dies die Daten zum estnischen Außenhandel (Tabelle 2).

Tabelle 2: Estlands Außenhandel 1995-2000 (in % des BIP)

	1995	2000
Export	72,0	95,4
Handelsbilanz	-8,0	-5,0
Leistungsbilanz	-4,4	-5,8

Quelle: Eesti Pank

Der EU-Anteil bildet 3/4 beim estnischen Export und 2/3 beim Import. Hier wäre zu betonen, dass in den ersten Jahren nach der Währungsreform die anfängliche Abwertung der Krone der Wirtschaft geholfen hat. Aber auch später konnte sich Estland auf dem Weltmarkt durchsetzen, wobei die negativen Handels- und Leistungsbilanzen durch die FDI nicht nur vollständig gedeckt⁸, sondern teilweise auch erklärt sind. Die Handelsbilanz hat sich dabei auch seit 1997 etwas erholt, droht sich aber mit dem Konjunkturabschwung in Europa wieder zu verschlechtern. Im ersten Halbjahr 2002 überschritt sie die 10%-Grenze. Es ist wieder die Anpassungsfähigkeit gefragt.

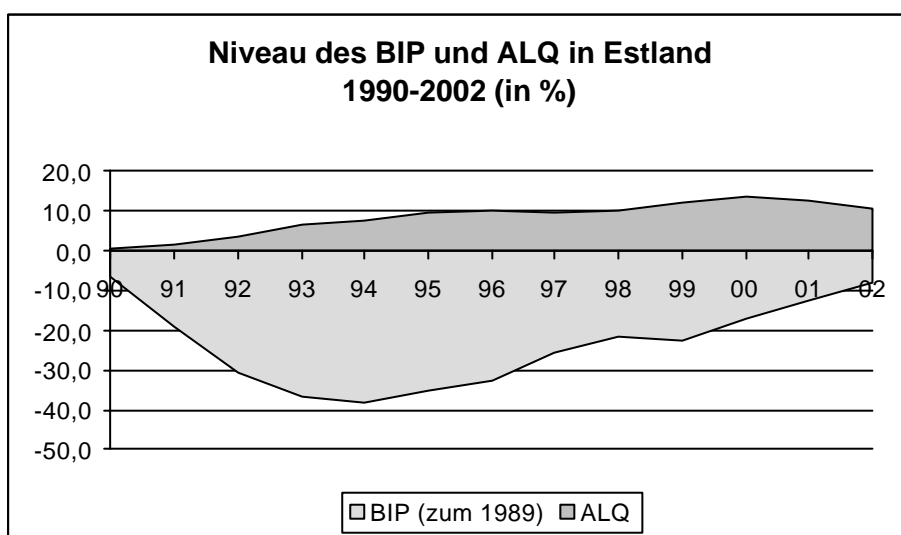
⁶ Hier sehen wir, dass der Systemwettbewerb nicht immer zu einer einzigen Marktlösung führt.

⁷ Vor dem WTO-Beitritt Estlands wurde z. B. nicht über die Reduzierung der (nichtvorhandenen) Handelschranken, sondern über deren (mögliche) Einführung verhandelt.

⁸ Die durchschnittliche negative Leistungsbilanz war 1997-2001 mit 7,8% um 0,3 Prozentpunkte kleiner als der FDI-Zufluss, obwohl die Privatisierung zu dieser Zeit fast vollendet war.

Hier spielt der Arbeitsmarkt eine entscheidende Rolle. Dessen Lage stabilisierte sich nach den ersten Jahren der Transformation mit ihren gewaltigen Strukturänderungen⁹ und negativen Wachstumsraten¹⁰ in der Mitte der 90iger Jahre auf dem Niveau um etwa 10% (Abb. 1). Die russische Wirtschaftskrise und die folgende Rezession in Estland im Jahr 1999 haben das Niveau auf 13% gedrückt. Doch in den letzten 2 Jahren hat es sich wieder dem alten Niveau genähert. Die letzten Daten für das 2. Quartal zeigen schon eine Arbeitslosenquote (ALQ) von unter 10%.

Abbildung 1



Quelle: Statistisches Amt, Arbeitsamt

Man darf die Probleme des Arbeitsmarktes natürlich nicht unterschätzen. Fast die Hälfte der Arbeitslosen sind bereits über ein Jahr auf Arbeitssuche; sie gelten damit als Langzeitarbeitslose. Anteilsmäßig ist der Trend steigend. Das spricht vom Verlust an Flexibilität des Arbeitsmarktes. Doch insgesamt wird die Flexibilität des estnischen Arbeitsmarktes als hoch angesehen.

- Er ist nicht staatlich überreguliert,
- die Gewerkschaften sind relativ schwach¹¹,

⁹ Der Anteil des primären Sektors nahm in 5 Jahren um 10% ab und der des tertiären Sektors um 10% zu.

¹⁰ Das Niveau des Jahres 1989 ist noch nicht erreicht worden.

¹¹ Die Kollektivverträge decken nur 12% der Beschäftigten.

- die Löhne sind wenigstens in manchen Branchen flexibel¹²,
- die Arbeitskräfte¹³ und –plätze¹⁴ sind relativ mobil.

Für die Zukunft bleibt natürlich die Frage, inwieweit die EU-Zentralisierung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik greifen wird und ob es ein Flexibilitätshindernis für Estland darstellen wird. Eine eindeutige Antwort fehlt noch. Deswegen kann hier auch keine Begründung für den Systemwechsel in der Geldpolitik gesehen werden.

Nach Angaben der Eesti Pank ist es auch **politisch und rechtlich** möglich, dem ERM II mit einer Schwankungsbandbreite von 0% beizutreten. Die Kommission, sowie der ECOFIN und die EZB haben behauptet, dass das CB prinzipiell mit dem ERM II vereinbar ist.¹⁵ Hier ist zu sehen, wie man eine zentrale Lösung (ERM II) mit der Vielfalt der Ausprägungen (unterschiedliche Schwankungsbandbreiten) verknüpfen kann. So ist auch verständlich, dass das **taktische Ziel** der Eesti Pank – das CB und den festen Wechselkurs bis zum Beitritt zur Euro-Zone, auch im ERM II, beizubehalten – gleichzeitig sinnvoll und realistisch ist. Um in diesem Fall eine einseitige Wechselkursgarantie zu leisten, plant die Eesti Pank an den höheren Liquiditätsnormen für die Geschäftsbanken bis zum EWU-Beitritt festzuhalten.¹⁶

Die ernstere Frage ist mit dem **strategischen Ziel** der Eesti Pank verbunden: möglichst schnell auch der EWU beizutreten und den Euro einzuführen, und dies natürlich ordnungsgemäss nach den EWU-Regeln und schon 2006. Hier sind wirklich Zweifel angebracht, obwohl Estland die meisten Maastricht-Kriterien erfüllen kann. Insbesondere jedoch mit den Staatsfinanzen könnte Estland sogar ein Vorbild für viele alte Mitglieder sein:

¹² Das gilt aber nicht für die ganze Wirtschaft und insbesondere nicht für den öffentlichen Sektor. Z. B. wuchs der Reallohn im Krisenjahr 1999 um überdurchschnittliche 6,9%, obwohl der Produktivitätszuwachs nur 3,5% betrug. Doch sind die Reallöhne im Gastronomie- und Hotelgeschäft, in der Bau- und Agrarwirtschaft und Fischerei in diesem Jahr gesunken.

¹³ Die Pendler bilden 22% der Beschäftigten, auf dem Lande sogar 43%.

¹⁴ Eine 1994-1996 durchgeführte Untersuchung hat gezeigt, dass die relative Anzahl der neugeschaffenen und geschlossenen Arbeitsplätze in Estland im Vergleich mit anderen MOE-Ländern sehr hoch war. Das haben auch die nachfolgende Arbeiten bestätigt (Faggio/Könings; Eamets).

¹⁵ Sogar andere Beitrittsländer (Malta) überlegen, diese Möglichkeit für die Übergangszeit (ERM II) zu nutzen und ein CB einzuführen.

¹⁶ Zur Zeit ist die mit der EWU vergleichbare Mindestreservequote in Estland 5,2%, hauptsächlich weil es seit 2001 möglich ist, 50% der nötigen Reserven in guten ausländischen Wertpapieren zu halten. Insgesamt bildet die Reservepflichtquote immer noch 13%.

- Die Staatsverschuldung betrug im Jahr 2000 8% des BIP, eine weitere Erhöhung ist nicht geplant.
- Der durchschnittliche Saldo der Staatsausgaben betrug 1997-2000 $-0,5\%$ des BIP.¹⁷
- Die Stabilitätsreserven der Regierung waren am Jahresende 2001 $6,2\%$ des Jahreshaushaltes.

Das einzige Problem ist mit der Inflationsrate verbunden. Hier war der Durchschnitt für den Zeitraum von 1997 bis 2001 $6,1\%$ und auch für 2002 werden etwa 4% erwartet. Das ist sicherlich mehr, als es die Maastricht-Kriterien erlauben. Ob aber hier nun eine Unterdrückung nicht nur möglich, sondern zweckmäßig ist, ist zu bezweifeln.

Nach der Schätzung¹⁸ liegt das Preisniveau in Estland zur Zeit bei 50% des der Industrieländer. Bei solchen Umständen ist das Ende der Preiskonvergenz noch nicht absehbar. Auch mit dem EU-Beitritt verbundene Preisschocks werden kaum die Konvergenz vollbringen. Das estnische Pro-Kopf-BIP liegt mit seinen 42% des EU-Durchschnitts im hinteren Mittelfeld der Beitrittsländer (Tabelle 3). So bleibt die Notwendigkeit der mit einem schnelleren Wirtschaftswachstum verbundenen höheren Preissteigerung erhalten. Seit 1999 war die Inflationsdifferenz zur Eurozone etwa 2% , die Wachstumsdifferenz $3,5\%$, was ein Zeichen der Stärke der estnischen Wirtschaft war (Ross). Bei diesen Unterschieden in den Wachstumszahlen braucht Estland 25 Jahre, um ein durchschnittliches EU-BIP-Niveau zu erreichen, wobei die Preise dann immer noch etwa 80% des Durchschnitts betragen.

¹⁷ Für 2002 wird sogar ein Überschuss um $0,5\%$ erwartet.

¹⁸ Estonian NDP, Stand 15.02.02, S. 9.

**Tabelle 3: Einige statistische Indikatoren der zehn Beitrittsländer (in %)
(Durchschnitt 1997-2001)**

Land	BIP je Einwohner ¹⁹	Inflationsrate	BIP-Wachstum	Staatsausgaben ²⁰
Estland	42	6.1	5.2	-0.5
Lettland	33	3.9	6.1	-1.7
Litauen	38	3.3	3.6	-2.9
Malta	55	3.6	3.4	-8.8
Polen	40	9.9	4.2	-2.8
Slowakei	48	8.9	3.3	-7.0
Slowenien	69	8.0	4.2	-2.3
Tsch.Rep.	57	5.6	1.1	-3.8
Ungarn	51	12.4	4.5	-5.4
Zypern	80	2.7	4.2	-4.0

Quelle: Kommission. Auf dem Weg zur erweiterten Union. Büssel, 9.10.2002.

So befindet sich die estnische Wirtschaftspolitik in einem Dilemma:

- Entweder künstlich die Inflationsrate einzudämmen, um ein Euro-Land zu werden und die entsprechenden Vorteile zu nutzen, z. B. die Transaktionskosten der Wirtschaft zu reduzieren oder
- den Beitritt zur EWU zu verschieben, um so ein schnelleres Wachstum und die Preiskonvergenz zu ermöglichen.

Es gibt zur Zeit keine optimale Lösung. Hier verhindern die Ordnungsrahmen (Inflationskriterium) den besten Weg für die Transformationsländer. Es wäre grundsätzlich notwendig, hier die Inflationsnormen zu relativieren. Man könnte z. B. von den Beitrittsländern als Voraussetzung der EWU-Mitgliedschaft verlangen, dass bis zum bestimmten Preisniveau die Inflationsrate nur kleiner wäre als das BIP-Wachstum oder aber direkt von dem Preisniveau abhängt. So ist hier mehr Vielfalt gefragt. Andererseits wäre das insbesondere heute ein gefährlicher Weg, wenn wir die gegenwärtige Diskussion um die Maastricht-

¹⁹ % des EU-Durchschnitts 2001 (die Kaufkraftparität berücksichtigt).

²⁰ % des BIP.

Kriterien allgemein berücksichtigen. So bleibt eigentlich nur die Verschiebung des EWU-, dann aber auch des ERM II-Beitritts als *Second-Best*-Lösung übrig.

3. Steuerpolitik

In der letzten Phase der Beitrittsverhandlungen wurden auf dem Gebiet der Steuerpolitik zwei Fragen diskutiert:

- Ob Estland eine Ausnahmeregelung (Übergangszeit) für den *Duty-free*-Handel haben kann und
- ob Estland seine einzigartige Besteuerung der Unternehmensgewinne beibehalten kann.

Die erste Frage scheint unbedeutend sein. Direkt ist nur ein kleiner Teil des Einzelhandels betroffen, der Handel auf den Ostseefähren (und in den See- und Flughäfen). Doch steht dahinter eine Kette von Faktoren:

- Tourismus ist für Estland ein bedeutender Wirtschaftszweig (im Jahr 2000 13,6% des BIP),
- 58% der ausländischen Besucher stammen aus Finnland und kommen hauptsächlich mit dem Schiff, um für einen Tag einzukaufen,
- die Tickets werden durch die Einkommen aus dem *Duty-free*-Handel subventioniert,
- die Preise (insbesondere für Alkohol) sind für die Skandinavier sehr günstig.

Man befürchtet, dass durch die Abschaffung der Kreuzsubventionierung die Reisepreise steigen und sich die Anzahl der Touristen verringern wird. So wäre es nach Ansicht der Lobbisten volkswirtschaftlich zweckmäßig, nach der Einführung dieser EU-Einheitslösung staatliche Beihilfen für die Schifffahrt zu gewähren. Es ist aber keinesfalls sicher, dass solche negativen sozialen Effekte eintreten werden. Das Preisniveau auf dem estnischen Festland ist noch niedriger als auf den Fähren und besitzt weiterhin genug Attraktivität für die Einkaufstouristen. Auch andere Einflussfaktoren spielen eine immer größere Rolle. So ist hier die Anwendung der einheitlichen Handelsregeln gerechtfertigt und bringt sogar mehr Transparenz in den Standortwettbewerb im Tourismus. Es wären aber auch andere Ausnahmeregelungen und Wettbewerbsverzerrungen im Ostseeraum zu beseitigen (z. B. die allgemeine Ausnahme für finnischen Åland (Åhvenanmaa), die Beihilfen in anderen Ländern).

Interessanter ist hingegen die zweite steuerpolitische Diskussionsfrage, die auch für die gegenwärtige estnische Regierung politisch wichtiger ist. Die Befreiung der reinvestierten Unternehmensgewinne von der Besteuerung (die Abschaffung der Körperschaftssteuer) war in den letzten Jahren die wichtigste Wahlparole für die estnischen Liberalen, deren Vorsitzender der heutige Premierminister Estlands ist.

Zunächst soll der Hintergrund etwas näher beleuchtet werden. Die Mitte-Links-Regierung (bis 1998) hat die steuerliche Unternehmensförderung unter regionalpolitischem Aspekt betrieben. Für viele Entwicklungs- und Transformationsländer ist es typisch, dass die wirtschaftlichen Aktivitäten sich in der näheren Umgebung der Hauptstadt konzentrieren. Die Großregion Tallinn umfasst ein Drittel der Einwohner Estlands, aber mehr als die Hälfte des Wirtschaftspotenzials. Das Pro-Kopf-BIP war 1999 dort 2,5 mal höher als der Durchschnitt in den anderen Regionen Estlands. Die Investitionen außerhalb der Hauptstadt Tallinn und des sie umgebenden Kreises Harjumaa wurden deshalb von der Einkommenssteuer befreit. Die vorherige nationalliberale Regierung hat hingegen seit Januar 2000 eine allgemeine Steuerbefreiung der Investitionen eingeführt. Man hoffte, dadurch zwei Vorteile zu erreichen: zum einen eine höhere Reinvestitionsquote der vorhandenen Unternehmen und zum anderen eine Erhöhung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Estland. Die ersten Erfahrungen sind positiv.²¹ Nach einer Befragung der Estnischen Industrie- und Handelskammer hat sich der Anteil des Eigenkapitals in den Bilanzen der Unternehmen von 46,5% im Jahr 1999 auf 48,7% im Jahr 2000 erhöht. Von den Investitionen wurden im Jahr 2000 82,0% durch Eigenkapital finanziert (Vorjahr 75,2%). Die Investitionen ins Grundvermögen sind im Vergleich zum Vorjahr sogar um das 3,3-fache gestiegen (Äripäev, 11.07.2001, S. 25).

Obwohl die Liberalen inzwischen neue Koalitionspartner haben (man kann über eine linksliberale Regierung sprechen), versuchen sie das durch die Steuerreform erworbene politische Kapital um jeden Preis zu sichern. Aus Brüssel wurden aber zuerst die Bedenken angemeldet, ob eine so radikale Lösung mit der gemeinsamen EU-Wirtschaftspolitik vereinbar ist. Die estnische Regierung opferte zugunsten der strategischen Steuerpolitik die

²¹ Es ist natürlich sehr schwer, die Einwirkung einer bestimmten wirtschaftspolitischen Maßnahme von dem (im Jahr 2000 positiven) Einfluss der Gesamtkonjunktur zu separieren.

taktische Forderung nach einer *Duty-free*-Übergangszeit. Daneben setzte sie auch auf eins der bisherigen Grundprinzipien der EU-Steuerpolitik, wonach nur die indirekten Steuern zu harmonisieren sind.²² Und hatte Erfolg – das Steuerkapitel wurde ohne grundsätzliche Änderungen bei der Steuerbefreiung abgeschlossen. Es ist nur an der Gleichbehandlung der ausländischen und einheimischen Investoren bei der Besteuerung der Dividenden weiterzuarbeiten. Das könnte man als Zeichen betrachten, dass

- in der EU noch Möglichkeiten für den Steuer- und allgemein für den Systemwettbewerb bestehen und
- die Beitrittsländer die Vielfalt in der Wirtschaftspolitik vergrößern und dadurch neue Impulse für diesen Wettbewerb mitbringen.

Doch bleibt die Frage, ob Estland Steuerdumping betreibt. Erstens können wir formell nach internationalen (EG, OECD) Regeln sagen, dass nur der Begünstigungswettbewerb als unerlaubtes Steuerdumping zu betrachten ist. Wenn “ein Land alle Kapitaleinkommen oder alle Unternehmensgewinne gleichermaßen freistellen würde, so wäre dies Systemwettbewerb – und damit fair. Begünstigt es dagegen nur die ausländischen Unternehmen, dann ist dies unfair” (Krause-Junk, 66). Doch wären die Konsequenzen für die betroffenen ausländischen Wirtschaften die gleichen. Deswegen versuchen die Gegner des Steuerwettbewerbs immer noch andere Kriterien zu finden, und die Befürworter wiederum versuchen zu beweisen, dass ein von den Begünstigungen befreiter Steuerwettbewerb nicht zu einem “*race to the bottom*” führt, sondern nur ein sonst drohendes Ausufern der Staatsquote begrenzt. Neben dem Steuerwettbewerb existiert ja auch der Subventionenwettbewerb und andere Faktoren, die die Staatsquote einer Wirtschaft erhöhen.

Für die EU wurde festgestellt, dass die Staatsquote seit 1980 gestiegen ist, aber seine Varianz etwas kleiner geworden ist (Sepp/Wrobel). Doch ist in den letzten Jahren ein Trend zur Reduzierung der Staatsquote zu erkennen und das betrifft auch Estland (Tabelle 4). Estland bewegt sich mit seinen Staatsausgaben im Rahmen der Schwankungsbreite innerhalb der EU etwas unter dem Durchschnitt und seine Position hat sich nur wenig geändert.²³ Unter

²² Obwohl das nicht unumstritten ist (Seidel, 33-34; Krause-Junk, 67).

²³ Die Staatsausgaben sollen nach der Regierungsstrategie weiterhin relativ sinken und sich im Jahr 2004 mit 34% des BIP der Steuerquote (33,8%) annähern.

den Beitrittskandidaten aus MOE nimmt Estland ebenfalls eine mittlere Stellung zwischen den Extremen Bulgarien (20,6% im Jahr 2000) und Slowenien (44,1%) ein.²⁴

Tabelle 4: Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte in den EU-Ländern und Estland (in % des BIP)

	1996	2000
EU-Durchschnitt	51,2	47,0
EU-Minimum (Irland)	39,6	32,0
EU-Maximum (Schweden)	65,3	58,1
Estland	42,8	38,9
% des EU-Durchschnitts	83,6	82,8

Quelle: Eurostat, Estnisches Finanzministerium

Tabelle 5: Steuerquote in den OECD-Ländern und Estland (in % des BIP)

	1995	2000
OECD	36,1	37,4
EU	40,0	41,6 ²⁵
OECD-Minimum (Mexiko)	16,6	18,5
EU-Minimum	31,7 ²⁶	31,1 ²⁷
OECD- und EU-Maximum	49,4 ²⁸	53,6 ²⁹
Estland	36,8 ³⁰	35,4

Quelle: OECD, Estnisches Finanzministerium

Die Steuerquote zeigt aber allgemein kein *“race to the bottom”* (Tabelle 5). Im Zeitraum von 1970 bis 2000 stieg diese Quote in der EU sogar um 9%. Doch kann man auch hier

²⁴ IMF.

²⁵ Cnossen gibt 42,5% für EU und 29,4 für USA an.

²⁶ Griechenland.

²⁷ Irland.

²⁸ Dänemark.

²⁹ Schweden.

³⁰ 1997.

über eine bestimmte Vereinheitlichung reden.³¹ Estland liegt hier wiederum unter dem Durchschnitt, aber noch weit entfernt von den Niedrigsteuerländern und auch oberhalb des EU-Minimums.

Oft wird der Steuerwettbewerb eher mit der direkten Besteuerung der mobilen Produktionsfaktoren in Verbindung gesetzt. Man fürchtet eine Umstrukturierung der Steuern zugunsten der indirekten Besteuerung des Verbrauchs und der immobilen Produktionsfaktoren. Internationale Vergleiche bestätigen dies jedoch nicht. In der EU ist der Anteil der indirekten Mehrwert- und Verbrauchersteuer in den letzten 30 Jahren um 7,4% gesunken (von 38% 1970 auf 32,6% 2000), ist aber immer noch viel höher als in den USA (15,8%). Die USA stützen sich viel stärker auf die Besteuerung des Kapitals (Anteil 32,2%, in der EU nur 15,4%), obwohl die Steuerraten mit europäischen vergleichbar sind (Cnossen, 6-7).

In Estland wird sich die Quote der direkten Steuern in den nächsten Jahren lediglich geringfügig reduzieren – von 22,6% auf 20,4% des BIP (Tabelle 6). Doch im Vergleich mit der EU und insbesondere mit den USA steht in Estland die indirekte Besteuerung des Verbrauchs klar im Vordergrund (Tabelle 7). Noch mehr unterscheidet sich die Besteuerung des Kapitals. Der Beitrag der Kapitalsteuern ist etwa 10 mal kleiner als in den USA. Das kann für den Wirtschaftsstandort Estland gut sein, aber nur solange die niedrigeren Löhne die höheren Lohnnebenkosten kompensieren.³²

Tabelle 6: Steuerstruktur und –quote in Estland
(in % des BIP)

	1997	2001	2004 Prognose
Direkte Steuern	22,6	20,8	20,4
Mehrwert- und Verbrauchersteuern	14,1	12,7	12,9
Sonstige Steuern	0,8	1,1	0,5
Insgesamt	37,5	34,5	33,8

Quelle: IMF, Finanzministerium

³¹ Es ist eine Reduzierung der Varianz zu beobachten: von 23,6% 1979 auf 13% 2000 (Cnossen, 5).

**Tabelle 7: Steuerstruktur nach der Besteuerungsgrundlage in
Estland, EU und USA (2000 in %)**

	Estland	EU	USA
Verbrauch	37,8	32,6	15,8
Arbeit	58,6	52,0	52,0
Kapital	3,6	15,4	32,2
Insgesamt	100,0	100,0	100,0

Quelle: Cnossen, 6; Finanzministerium

Eine der Voraussetzungen für die niedrige Steuerbelastung in Estland sind die fast fehlenden Subventionen. Im Bericht zur staatlichen Beihilfe spielen nur die Zuschüsse für den Binnenverkehr (Eisenbahn, Bus- und Seeverkehr) eine bedeutende Rolle (Tabelle 8). Insgesamt sind die Beihilfen pro Beschäftigte um eine Größenordnung kleiner als in der EU (im Zeitraum von 1997 bis 1999 563 Euro).

Tabelle 8: Staatliche Beihilfen in Estland

	1999	2000
Beihilfen in % des BIP	1,48	0,48
Beihilfen in Euro pro Beschäftigte	116	43
In % des Gesamtbetrags		
Zuschüsse	35,4	92,9
darunter Binnentransport	30,7	83,8
Steuerbegünstigungen	64,3	6,8

Quelle: Finanzministerium

Die Agrarsubventionen sind in diesen Berichten nicht vertreten (in den letzten Jahren insgesamt etwa 50 Mio. Euro im Jahr, wobei die Direktsubventionen nur etwa die Hälfte bil-

³² Bis zum Jahr 2004 sollte nach der Regierungsstrategie der Anteil der Kapitalsteuern auf 2,1% sinken und der der Arbeitssteuern auf 59,5% steigen.

den). Die Beihilfen sind im Jahr 2000 dank der Abschaffung der Steuerbegünstigungen schlagartig gesunken. Die Änderungen der Investitionsbesteuerung wurden schon erwähnt. Bis 1999 wurden nur die Unternehmen außerhalb der Hauptstadt (zusammen mit dem Hinterland) bei der Reinvestition des Gewinns begünstigt, ab 2000 alle. Ebenso lief die nach dem alten Gesetz geltende Begünstigung für Unternehmen mit ausländischer Beteiligung aus. Seitdem gibt es keinen unfairen Begünstigungswettbewerb mehr.

4. Deregulierung und Industriepolitik

In den wettbewerbspolitischen Ausnahmereichen, die ein Kernnetz als *essential facility* haben (z. B. Telekommunikation, Energie usw.), betreibt die EU eine Deregulierungspolitik. Das Ziel ist es, auf der Basis der monopolen Netze so weit wie möglich einen funktionierenden Durchleitungswettbewerb aufzubauen.³³ Das bedeutet auch eine außenwirtschaftliche Öffnung der betreffenden Sektoren innerhalb der EU – einen gemeinsamen Markt also.³⁴ Dasselbe sollen auch die Beitrittsländer tun. Im folgenden soll dieses Problem für Estland im Fall der Elektrizitätswirtschaft betrachtet werden.

In den letzten Jahren wurden in Estland zwei wichtige wirtschaftspolitische Schritte in diesem Sektor diskutiert:

- die Privatisierung der Kraftwerke und
- die Öffnung der Märkte.

In Estland wird 91 % der Elektroenergie von zwei Ölschieferkraftwerken produziert, die beide der AG Narva Elektriijaamad gehören. Um die Modernisierung der Kraftwerke zu gewährleisten, hatte die estnische Regierung vor, ein US-Unternehmen als strategischen Partner heranzuziehen. Dabei versuchte aber der ausländische Investor, sein *Sunk-Costs*-Risiko zu minimieren und hat die Kaufpflicht (Mindestmengen und -preise) für den Netzbetreiber Eesti Energia AG (100% in öffentlicher Hand) als Investitionsvoraussetzung verlangt. Das hätte die Entwicklung des Energiemarktes beeinträchtigt, weshalb das Ge-

³³ Gründlich dazu Rottenbiller.

³⁴ Die entsprechende Verordnung sieht nach den schwierigen Verhandlungen mit Frankreich die vollständige Öffnung des Marktes für Industrieverbraucher bis zum Jahr 2005 vor. Die privaten Konsumenten müssen noch warten. So würde der freie Markt 60% des Gesamtverbrauchs betreffen. Nach unseren Berechnungen sind schon heute die Verbraucherpreise in den Ländern, die den Markt 100% geöffnet haben, durchschnittlich etwa 20% niedriger als in den Ländern, die sich mit dem Minimum begrenzen.

schäft nicht durchgeführt wurde. Jetzt soll Estland für die Restrukturierung des Ölschiefer- und Energiesektors neue Wege finden, worauf auch die Kommission in ihrem letzten Bericht hinweist.

Der bevorstehende EU-Beitritt setzt für Estland eine Öffnung der Energiemärkte voraus. Die estnischen Gesetze (insbesondere das Wettbewerbsgesetz und das Energiegesetz) entsprechen schon heute diesem Ziel und gewähren die Grundlage der Liberalisierung – den Durchleitungswettbewerb – für den Großverbraucher (mehr als 40 GWh im Jahr). Dadurch kann aber bei der ungünstigen Preisentwicklung für die Ölschieferenergie ein großes Marktrisiko entstehen. Wenn die Importpreise niedriger sind als diejenigen für estnische Energie, können die freien Verbraucher zwischen den alternativen Anbietern wählen.

So steht die estnische Regierung vor einem Dilemma –

- entweder (auch ausländische) Investitionen in die Modernisierung des Ölschiefersektors und dadurch ein hervorgerufenes Marktrisiko oder
- keine Investitionen und die zukünftige Abhängigkeit von Energieimporten und die struktur-, sozial-, regional- und sogar sicherheitspolitischen Probleme durch den Zusammenbruch des Ölschiefersektors. Die Unternehmen dieses Sektors befinden sich konzentriert im nordöstlichen Teil Estlands, der hauptsächlich von Russen besiedelt wird.³⁵

Es sollen natürlich Kompromisslösungen bei diesem Zielkonflikt gesucht werden. Mittelfristig ist der erste Weg zu bevorzugen. Dabei wären auch (ausländische) Privatinvestitionen zu begrüßen, weil die Sanierung der Kraftwerke nur durch staatliche Finanzierung das volle Marktrisiko auf den Steuerzahler überwälzt. Dieses Risiko ist mittelfristig jedoch nicht sehr hoch, weil

- die Integration mit den transeuropäischen Energienetzen technisch erst in etwa 6 bis 8 Jahren möglich ist und
- der Energiehandel mit den Drittländern (insbesondere mit Russland) zweckorientiert (industriepolitisch) gestaltbar ist.

³⁵ Der Anzahl der Beschäftigten im Ölschiefersektor hat sich in den letzten 10 Jahren um 50% reduziert, beträgt aber im Jahr 2002 immer noch 5000.

Für Estland wäre eine reale Marktöffnung erst durch die technische Integration des eigenen Energiesystems mit NORDEL möglich.³⁶ Dazu wäre wiederum ein Meereskabel nach Finnland nötig. Das estnische Wirtschaftsministerium schätzt die Investitionen dafür auf etwa 0,8 Mrd. Euro. Die Vorbereitungen laufen, aber es wird noch einige Jahre dauern, bis Estland auch technisch zum gemeinsamen EU-Markt gehören wird. Und es wird auch nach der Kapazität nicht möglich sein, den ganzen Energieverbrauch durch Importe zu decken. In dieser Hinsicht sind die Übergangszeiten für die formelle Marktöffnung, die die estnische Seite bei den Beitrittsverhandlungen erreicht hat³⁷, einfach eine zusätzliche Absicherung. Eine andere Alternative, den Risiken zu begegnen, wäre die Gewährung von befristeten staatlichen Beihilfen für den Ölschiefersektor.

Welches Risiko oder Chance durch die Marktöffnung wirklich entstehen wird, ist schwer vorherzusagen. Die Energiepreise sind auch in den nordischen (NORDEL) Ländern unterschiedlich. Zur Zeit sind die Preise für die Kleinverbraucher in Estland noch etwa um 1/3 billiger als in Schweden und Finnland (nach Angaben Eesti Energia 2002). Doch können die höheren Umweltauflagen³⁸ beim EU-Beitritt, wofür übrigens auch Übergangsfristen vereinbart wurden³⁹, die Preiserhöhung in Estland mit sich bringen.⁴⁰

Das estnische Energiegesetz besagt, dass die Importerlaubnis mit den wirtschaftspolitischen Interessen Estlands zu verknüpfen ist. Natürlich gilt das nach dem Beitritt nur gegenüber Drittländern, insb. Russland.⁴¹ Hier hat die Regierung weiterhin ein industriepolitisches Mittel, um die Reform des Energiesektors auch über die Handelspolitik zu steuern. Insgesamt wäre durch die Industriepolitik eine Risikostreuung anzustreben:

- Keine zu optimistischen Investitionen in die Ölschieferenergie⁴²,
- allmähliches Ersetzen der Ölschieferenergie durch alternative Energie und Importe.

³⁶ Eigentlich ist das ein gesamteuropäisches Problem. Der zwischenstaatliche Handelsumsatz bildet nur 7-8% von dem Gesamtverbrauch für Elektroenergie und dabei sind schon die vorhandenen Übertragungskapazitäten ausgelastet. Die technischen Lösungen hinken den politischen Entscheidungen hinterher.

³⁷ Die Übergangsfrist geht bis zum 31.12.2012.

³⁸ Die Ölschieferkraftwerke sind die größten Abfallmittelen für SO₂ (83%) und Nox (87%) in Estland.

³⁹ Die Ölschieferenergie betrifft dabei nur die Befristung der Normen für die Lagerung von Abfallasche.

⁴⁰ Die Energiepreise sind für die Wettbewerbsfähigkeit der estnischen Wirtschaft insbesondere wichtig, weil bis heute der Energieverbrauch pro 1\$ des BIP in Estland 5-6 mal höher ist als der EU-Durchschnitt und sogar 8 mal höher als in den vergleichbaren nordischen Ländern (World Competitiveness Yearbook 2001, IMD).

⁴¹ Zur Zeit kauft nur ein Großverbraucher, der dazu Recht hat, die Energie direkt aus Litauen.

Weil die estnischen erneuerbaren Energiequellen (hauptsächlich Wind) nur bis 15% des Energieverbrauchs decken können, wären auch die neuen Gaskraftwerke auf der Basis des russischen oder/und norwegischen Gas in der bisherigen Ölschieferregion sinnvoll, wodurch dort auch der Arbeitsmarkt etwas entlastet werden könnte. Nur auf die Importe der Elektroenergie zu setzen wäre auch für die Zahlungsbilanz negativ.

Das Beispiel mit der Deregulierung zeigt, dass die Vielfalt der Wirtschaftsstrukturen (z. B. im Energiebereich) in den Beitrittsländern auch die Vielfalt in der Wirtschaftspolitik verlangt. Im Rahmen des gemeinsamen offenen Marktes stehen dafür unterschiedliche industriepolitische Mittel zur Verfügung.

5. Zusammenfassung

Die durch den geplanten EU-Beitritt entstandenen Koordinierungsprobleme der estnischen Wirtschaftspolitik sind im Rahmen der Beitrittsverhandlungen bereits zum größten Teil gelöst worden. Im Bereich der Steuerpolitik hat Estland die vorhandenen Spielräume für den Systemwettbewerb ausgenutzt, die reale Vielfalt der Politik vergrößert und damit den eigenen Beitrag zu deren Fortentwicklung geleistet. Es bleibt abzuwarten, inwieweit der Systemwettbewerb hier langfristig zur Vereinheitlichung der Politik führen wird. Im Bereich der Marktöffnung (Beispiel Energie) sind die kurz- und mittelfristigen (nichtwettbewerblichen) Ziele durch die Übergangsfristen und Ausnahmen berücksichtigt worden. Auch bietet die Regulierung der staatlichen Beihilfen zur Zeit noch genug Möglichkeiten für die Koordinierung der strategischen und taktischen Ziele. Früher oder später greift aber hier eine Koordinierung über die Märkte. Die Geldpolitik ist ein Beispiel für die Zentralisierung der EU-Politik. Doch gibt es auch hier Mechanismen, die wenigstens für die Vorbereitungsphase des EWU-Beitritts eine Vielfalt der Ansätze erlauben. So kann und soll auch Estland hier eigene Besonderheiten (*Currency Board*) einige Zeit beibehalten und die zentrale Lösung (Euro-Einführung) erst dann verwenden, wenn deren Vorteile die Nachteile überkompensieren.

⁴² Es gibt dazu einen strategischen Entwicklungsplan für den Zeitraum von 2001 bis 2006, wonach ohne Renovierung der Ölschieferkraftwerke schon 2008 ein Energiedefizit im Umfang von 15% des Verbrauchs

Literaturverzeichnis

Cnossen, Sijebren: Tax Policy in the European Union: A Review of Issues and Options. CESifo Working Paper No. 758. August 2002.

Eamets, Raul: Labour Market Flows and the Adjustment to Macroeconomic Shocks in the Baltic States. Tartu, 2002.

Faggio, G./ Könings, J.: Gross Job Flows and Firm Growth in Transition Countries: Evidence Using Firm Level Data on Five Countries. In: CEPR Discussion Paper, October 1999, No 2261.

Hefeker, Carsten. Die argentinische Krise. Wirtschaftsdienst 2002/1, S. 4.

Krause-Junk, Gerold: Was ist fairer Steuerwettbewerb. In: Hasse, R./Schenk, K.-E./Wass von Czege, A. (Hrsg.) Europa zwischen Wettbewerb und Harmonisierung. Baden-Baden: Nomos, 2002, S. 63-68.

North, Douglass C. Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung. Tübingen, 1992.

Rohde, Armin/ Janssen, Ole: Zum Zusammenhang zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit in Currency Board-Systemen. In: Die Integration der Europäischen Union und ihre Wirkungen auf die Wirtschaftspolitik Estland. Berlin, Tartu 2002, S. 83-98.

Ross, Märten. Challenges of accession: Estonia. Central Banking. Volume XIII No 1, August 2002.

Rottenbiller, Silvia: Essential Facilities als ordnungspolitisches Problem. Frankfurt am Main u.a.: Lang, 2002.

Seidel, Martin: Grundsatzfragen der Konvergenz in einer erweiterten EU: Rechtsgrundlagen für einen Wettbewerb der Systeme. In: Hasse, R./Schenk, K.-E./Wass von Czege, A. (Hrsg.) Europa zwischen Wettbewerb und Harmonisierung. Baden-Baden: Nomos, 2002, S. 11-38.

Sepp, Jüri/Wrobel, Ralph: Das Steuersystem im Estland im Spannungsfeld zwischen Transformationserfordernissen und EU-Harmonisierung. In: Hasse, R./Schenk, K.-E./Wass von Czege, A. (Hrsg.) Europa zwischen Wettbewerb und Harmonisierung. Baden-Baden: Nomos, 2002, S. 69-75.

Schäfer, Wolf: Systemwettbewerb versus Politik-Kartell: eine Betrachtung aus der Sicht der Wirtschaftswissenschaft, In: Hasse, R./Schenk, K.-E./Wass von Czege, A. (Hrsg.) Europa zwischen Wettbewerb und Harmonisierung. Baden-Baden: Nomos, 2002, S. 39-50.

**Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald
Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät
Wirtschaftswissenschaftliche Diskussionspapiere**

Bisher erschienen:

- 1/97 Ole Janssen/Carsten Lange: „Subventionierung elektronischer Geldbörsen durch staatliche Geldschöpfungsgewinne“
- 2/97 Bernd Frick: „Kollektivgutproblematik und externe Effekte im professionellen Team-Sport: 'Spannungsgrad' und Zuschauerentwicklung im bezahlten Fußball“
- 3/97 Frauke Wilhelm: „Produktionsfunktionen im professionellen Mannschaftssport: Das Beispiel Basketball-Bundesliga“
- 4/97 Alexander Dilger: „Ertragswirkungen von Betriebsräten: Eine Untersuchung mit Hilfe des NIFA-Panels“
- 1/98 Volker Ulrich: „Das Gesundheitswesen an der Schwelle zum Jahr 2000“
- 2/98 Udo Schneider: „Der Arzt als Agent des Patienten: Zur Übertragbarkeit der Principal-Agent-Theorie auf die Arzt-Patient-Beziehung“
- 3/98 Volker Ulrich/Manfred Erbsland: „Short-run Dynamics and Long-run Effects of Demographic Change on Public Debt and the Budget“
- 4/98 Alexander Dilger: „Eine ökonomische Argumentation gegen Studiengebühren“
- 5/98 Lucas Bretschger: „Nachhaltige Entwicklung der Weltwirtschaft: Ein Nord-Süd-Ansatz“
- 6/98 Bernd Frick: „Personal-Controlling und Unternehmenserfolg: Theoretische Überlegungen und empirische Befunde aus dem professionellen Team-Sport“
- 7/98 Xenia Matschke: „On the Import Quotas on a Quantity-Fixing Cartel in a Two Country-Setting“
- 8/98 Tobias Rehbock: „Die Auswirkung der Kreditrationierung auf die Finanzierungsstruktur der Unternehmen“
- 9/98 Ole Janssen/Armin Rohde: „Einfluß elektronischer Geldbörsen auf den Zusammenhang zwischen Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, Geldmenge und Preisniveau“
- 10/98 Stefan Degenhardt: „The Social Costs of Climate Change: A Critical Examination“

- 11/98 Ulrich Hampicke: „Remunerating Conservation: The Faustmann-Hartmann Approach and its Limits“
- 12/98 Lucas Bretschger: „Dynamik der realwirtschaftlichen Integration am Beispiel der EU-Osterweiterung“
- 13/98 Heiko Burchert: „Ökonomische Evaluation von Telematik-Anwendungen im Gesundheitswesen und Schlußfolgerungen für ihre Implementierung“
- 14/98 Alexander Dilger: „The Absent-Minded Prisoner“
- 15/98 Rainer Leisten: „Sequencing CONWIP flow-shops: Analysis and heuristics“
- 1/99 Friedrich Breyer/Volker Ulrich: „Gesundheitsausgaben, Alter und medizinischer Fortschritt: eine ökonomische Analyse“
- 2/99 Alexander Dilger/Bernd Frick/Gerhard Speckbacher: „Mitbestimmung als zentrale Frage der Corporate Governance“
- 3/99 Paul Marschall: „Lebensstilwandel in Ostdeutschland: Ansatzpunkte für gesundheitsökonomische Analysen“
- 4/99 Lucas Bretschger: „On the predictability of knowledge formation: the tortuous link between regional specialisation and development“
- 5/99 Alexander Dilger: „Betriebsratstypen und Personalfuktuation: Eine empirische Untersuchung mit Daten des NIFA-Panels“
- 6/99 Claudia Werker: „Market Chances of Innovative Firms from Transition Countries in Interregional Markets“
- 7/99 Udo Schneider: „Ärztliche Leistung und Compliance des Patienten - der Fall des Double Moral Hazard“
- 1/00 Florian Buchner/Jürgen Wasem: „Versteilerung der alters- und geschlechtsspezifischen Ausgabenprofile von Krankenversicherern“
- 2/00 Lucas Bretschger: „Konvergenz der europäischen Regionen“
- 3/00 Armin Rohde/Ole Janssen: „EU-Osterweiterung: Ist ein schneller Beitritt zur Europäischen Währungsunion für Estland sinnvoll?“
- 4/00 Lembo Tanning: „Schätzkriterien des Außenhandels zwischen der Europäischen Union und mittel- und osteuropäischen Ländern“
- 5/00 Frank Hettich/Carsten Schmidt: „Deutschland, ein Steuermärchen?“
- 6/00 Cornelia Kerim-Sade/Alexander Crispin/Jürgen Wasem: „An External control of Validity of the German EuroQol-5D Questionnaire“

- 7/00 Lucas Bretschger/Frank Hettich: „Globalisation, Capital Mobility and Tax Competition: Theory and Evidence for OECD Countries“
- 8/00 Frank Hettich: „The Implications of International Cooperations for Economic Growth, Environmental Quality and Welfare“
- 9/00 Alexander Dilger: „The Market is Fairer than Bebchuk’s Scheme“
- 10/00 Claudia Werker: „Market Performance and Competition: A Product Life Cycle Model“
- 11/00 Joachim Schwerin: „The Dynamics of Sectoral Change: Innovation and Growth in Clyde Shipbuilding, c. 1850-1900“
- 12/00 Lucas Bretschger/Sjak Smulders: „Explaining Environmental Kuznets Curves: How Pollution Induces Policy and New Technologies“
- 13/00 Franz Hessel: „Wertigkeit der Augeninnendruckmessung mittels Non-contract Tonometrie durch Augenoptiker in Deutschland. Eine Kosten-Wirksamkeits-Analyse“
- 14/00 Lucas Bretschger: „Internationaler Handel im Ostseeraum - sozioökonomische Hintergründe“
- 15/00 Hans Pechtl: „Die Kongruenzhypothese in der Geschäftsstättenwahl“
- 01/01 Joachim Prinz: „Why Do Wages Slope Upwards? Testing Three Labor Market Theories“
- 02/01 Armin Rohde/Ole Janssen: „Osteuropäische Currency Board-Länder und die optimale Integrationsstrategie in die Europäische Währungsunion am Beispiel Estlands“
- 03/01 Lucas Bretschger: „Wachstumstheoretische Perspektiven der Wirtschaftsintegration: Neuere Ansätze“
- 04/01 Stefan Greß, Kieke Okma, Franz Hessel: „Managed Competition in Health Care in The Netherlands and Germany – Theoretical Foundation, Empirical Findings and Policy Conclusion“
- 05/01 Lucas Bretschger: “Taking Two Steps to Climb onto the Stage: Capital Taxes as Link between Trade and Growth”
- 06/01 Udo Schneider: “Ökonomische Analyse der Arzt-Patient-Beziehung: Theoretische Modellierung und empirische Ergebnisse”
- 07/01 Paul Marschall: „Lernen und Lebensstilwandel in Transformationsökonomien“
- 08/01 Thomas Steger: „Stylised Facts of Economic Growth in Developing Countries“

- 09/01 Hans Pechtl: "Akzeptanz und Nutzung des B-Commerce im B2C. Eine empirische Analyse"
- 10/01 Hannes Egli: „Are Cross-Country Studies of the Environmental Kuznets Curve Misleading? New Evidence from Time Series Data for Germany”
- 01/02 Stefan Greß, Kieke Okma, Jürgen Wasem: „Private Health Insurance in Social Health Insurances Countries – Market Outcomes and Policy Implications”
- 02/02 Ole Janssen, Armin Rohde: "Monetäre Ursachen der Arbeitslosigkeit in Currency Board-Systemen?"
- 03/02 Alexander Dilger: „Never Change a Winning Team – An Analysis of Hazard Rates in the NBA“
- 04/02 Thomas Steger: "Transitional Dynamics in R&D-based Models of Endogenous Growth”
- 05/02 Franz Hessel, Eva Grill, Petra Schnell-Inderst, Jürgen Wasem: "Modelling costs and outcomes of newborn hearing screening”
- 06/02 Veronica Vargas, Jürgen Wasem: "Using selected diagnoses to improve the Chilean Capitation formula”
- 07/02 Susan Kurth: "Die mittel- und osteuropäische EU-Beitrittskandidaten auf dem Weg in die EU: Eine Bestandsaufnahme und Analyse der Kriterien von Maastricht“
- 08/02 Roland Rollberg: „16 Fälle kostenminimaler Anpassung eines Aggregats bei im Zeitablauf konstanter Intensität“